

Wirtschaftswachstum bei schrumpfender Bevölkerung?

Auswirkungen der bestprognostizierten Krise der Geschichte auf Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland und Europa

Prof. Dr. Herwig Birg

(Berlin/Universität Bielefeld)

Vortrag, Hanns Seidel Stiftung, München, 7. Dezember 2013

Copyright und Kontaktadresse des Autors:

Tel. 030-80907688

e-mail: herwig.birg@uni-bielefeld.de

internet: www.herwig-birg.de

Inhaltsverzeichnis:

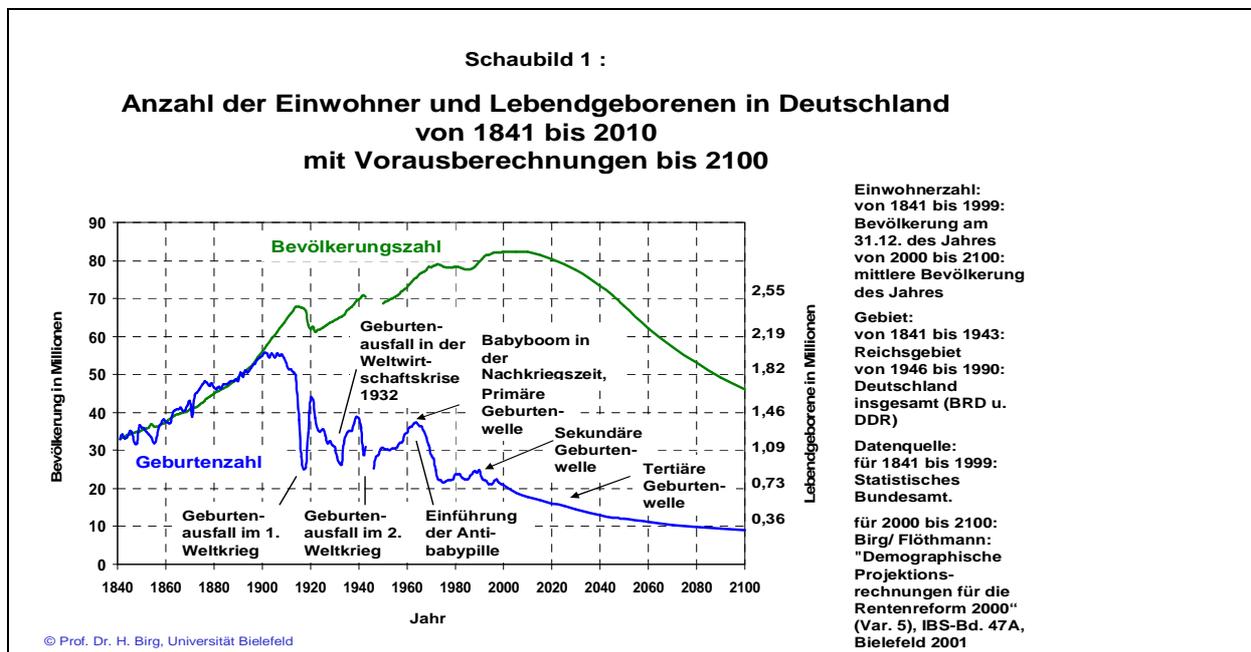
- 1 Einführung**
- 2 Bevölkerungsvorausberechnungen für Deutschland**
- 3 Wirtschaftswachstum bei schrumpfender Bevölkerung? Die besondere Bedeutung des Produktionsfaktors Arbeit - Eine Analyse für die wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20)**
- 4 Der Rückgang des Arbeitskräftepotentials in Deutschland**
- 5 Der Hauptfaktor für das schrumpfende Arbeitskräftepotential: Die niedrige Geburtenrate infolge der lebenslangen Kinderlosigkeit**
- 6 Mit Einwanderungen läßt sich allenfalls der Bevölkerungsrückgang stoppen, jedoch nicht die demographische Alterung**
- 7 Differenzierung der Bevölkerungsvorausberechnungen nach Deutschen und Zugewanderten sowie zusätzlich nach alten und neuen Bundesländern**
- 8 Die fünf demographischen Plagen**
- 9 Das demographisch-ökonomische Paradoxon und die Risikospirale des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems**
- 10 Wirtschaftssektoren und Branchen als Gewinner und Verlierer des Demographischen Wandels**
- 11 Maßnahmen zur Gewährleistung der Arbeitsfähigkeit von Betrieben**
- 12 Fazit**

Literatur

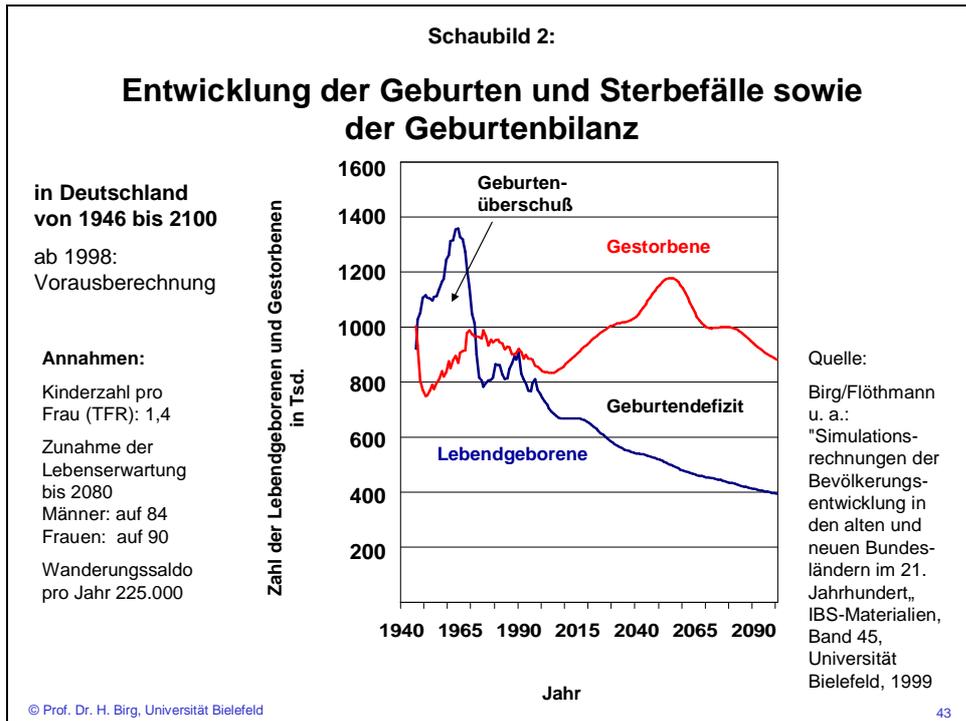
1 Einführung

Für die einen ist Demographie ein Thema in Moll, für die anderen strahlt es wie eine C-Dur-Symphonie von Mozart Lebenskraft und Zuversicht aus. Die Bundesregierung behauptet: „Die Alterung und der Rückgang der Bevölkerung haben weitaus mehr Chancen als Risiken.“¹ Beunruhigen wir uns also vielleicht umsonst, weil sich die demographischen Probleme schon im nächsten Konjunkturaufschwung wieder von selbst auflösen könnten wie Schnee in der Sonne?

Oft werden Optimisten und Pessimisten danach unterschieden, daß die einen dasselbe Glas als halb voll und die anderen als halb leer betrachten. Aber entscheidend ist nicht, ob man Optimist oder Pessimist ist, sondern ob man dazu fähig ist, der Realität ins Auge zu sehen. Nur als Realist erkennt man, daß das halbvolle oder halbleere Glas einen Sprung hat und sich immer weiter entleert. Denn selbst wenn die radikalsten Reformen durchgeführt würden, wenn das Pensionsalter nicht nur erhöht, sondern ganz abgeschafft würde und die kühnsten Hoffnungen auf ein hohes Wirtschaftswachstum in Erfüllung gingen, würde Deutschlands Bevölkerungsrückgang auch im nächsten Jahrhundert immer weitergehen, falls das wachsende Defizit zwischen der Zahl der Geburten und der Zahl der Sterbefälle nicht durch immer höhere Einwanderungen ausgeglichen wird. Denn nicht nur die jungen und mittleren Altersgruppen, sondern auch die wachsende Gruppe der Älteren wird nach einem vorübergehenden Anstieg ab 2040 permanent zurückgehen, ab 2050 gefolgt von der Abnahme auch der über 80jährigen, sodaß dann selbst der jetzt noch kräftige Wachstumsmotor des Gesundheitssektors ins Stottern geraten wird (*Schaubilder 1 und 2*).



¹ Der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer (Hrsg.): Daseinsvorsorge im demografischen Wandel zukunftsfähig gestalten. Handlungskonzept zur Sicherung der privaten und öffentlichen Infrastruktur in vom demografischen Wandel besonders betroffenen ländlichen Räumen. Berlin, Oktober 2011, S. II

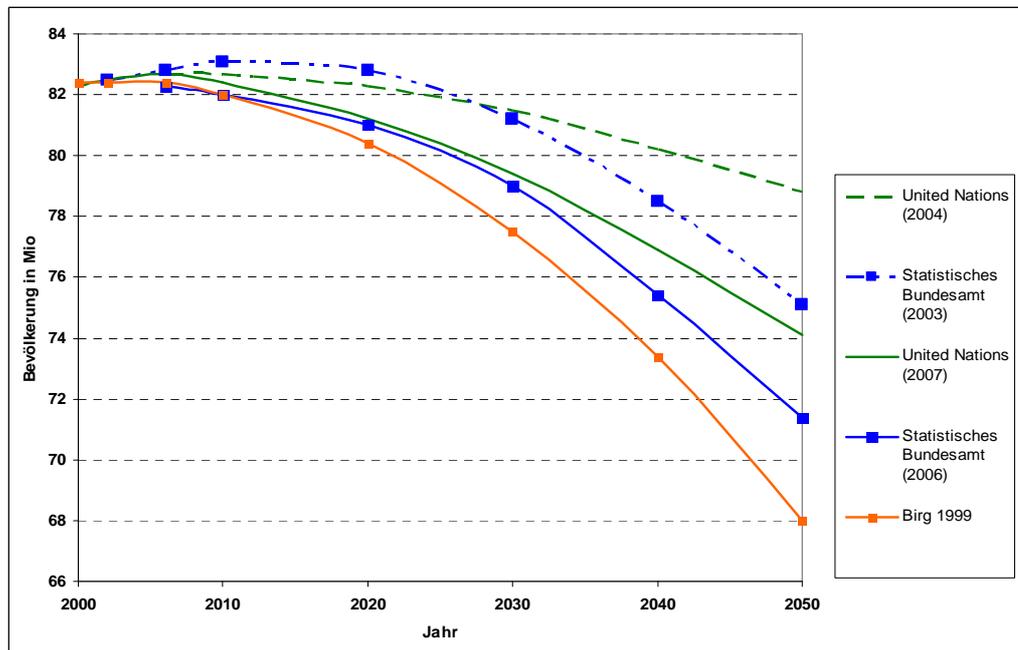


2 Bevölkerungsvorausberechnungen für Deutschland

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es in beiden Teilen Deutschlands bis Ende der 60iger Jahre mehr Geburten als Sterbefälle, aber 1972 verwandelten sich die Geburtenüberschüsse in permanent wachsende Defizite. Die Sorgen über die demographische und ökonomische Zukunft Deutschlands erreichten in den 80iger Jahren einen ersten Höhepunkt. Seitdem haben wir mehrere konjunkturelle Aufschwungsphasen durchlaufen, ohne daß sich das Thema Demographie von selbst erledigt hätte. Der bisherige Gleitflug ging in einen Sinkflug über. Wenn nicht große Einwanderungsströme aus Afrika oder Asien das Blatt wenden, wird aus dem Sinkflug mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ein Sturzflug. Große Einwanderungsströme aus Ost- oder Südeuropa kann es auf Dauer nicht geben, denn dort sinkt die Bevölkerung ebenso wie in Deutschland.

Die letzten Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes und der 16 Statistischen Landesämter beruhen auf Annahmen, die die politischen Veränderungen in der arabischen Welt und die Finanzkrise noch nicht ausreichend reflektierten. In den alle zwei Jahre durchgeführten Aktualisierungen werden die Annahmen jeweils an die aktuellen Bedingungen angepaßt. Diese Verfahrensweise wird seit Jahrzehnten praktiziert, sie führte zu bisher 12 sogenannten koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen. Vergleicht man die Ergebnisse der 12 Vorausberechnungen beispielsweise für das Jahr 2050, dann zeigt sich folgendes: Die vorausberechnete Bevölkerungsabnahme vergrößerte sich bei jeder Aktualisierung (*Schaubild 3*). Gleichzeitig erhöhte sich die vorausberechnete Alterung.

**Schaubild 3:
Konvergenz der Bevölkerungsvorausberechnungen für
Deutschland**



© Prof. Dr. H. Birg, Universität Bielefeld

189

Trotz des unvorhersehbaren Einflusses großer historischer Einschnitte wie des Zustroms Hunderttausender Flüchtlinge im Balkankrieg oder die Asylrechtsänderung Anfang der 90iger Jahre hat sich das Vorausberechnungsverfahren bewährt. Denn so groß der Einfluß der nicht vorhersehbaren Ereignisse sein kann - von noch wesentlich größerer Bedeutung sind die Auswirkungen auf die Vorausberechnungen, die die gut berechenbaren Veränderungen der Altersstruktur ausüben: Die in den letzten Jahrzehnten nicht geborenen Eltern können keine Kinder bekommen. Dieser Tatbestand bewirkt, dass die absolute Geburtenzahl auch in Zukunft weiter abnehmen muß, selbst wenn die Geburtenzahl *pro Frau* konstant bleibt oder moderat zunimmt (= Dominoeffekt oder Eigendynamik der Bevölkerungsschrumpfung).

Wenn das Wetter unsicherer wird, ist es noch ratsamer als bei beständiger Wetterlage, vor Verlassen des Hauses zu überlegen, ob man einen Schirm mitnimmt. So lohnt es sich gerade dann, Bevölkerungsvorausberechnungen durchzuführen, wenn die Unübersichtlichkeit der Zukunft wegen revolutionärer Veränderungen in Politik und Wissenschaft zunimmt. Die vorausberechneten demographischen Veränderungen selbst interessieren die Öffentlichkeit naturgemäß weniger als ihre Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft. Nachdem mittlerweile so gut wie niemand mehr die negative demographische Dynamik leugnet, lautet die entscheidende Frage heute: Ist ein befriedigendes Wirtschaftswachstum und ein steigender Wohlstand trotz der fortgesetzten Bevölkerungsschrumpfung, der knapper werdenden Arbeitskräftezahl und der steigenden Alterung auf Dauer möglich?

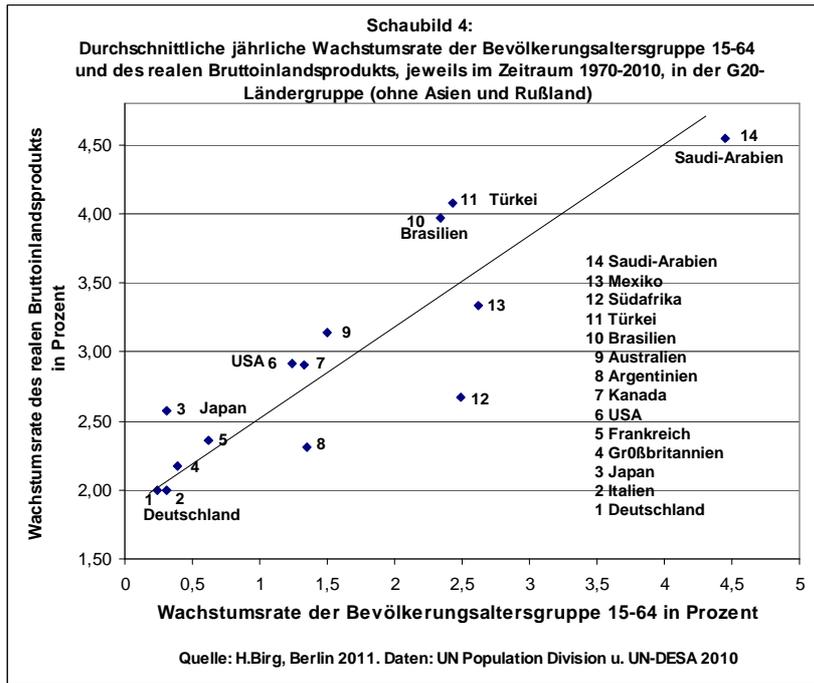
3 Wirtschaftswachstum bei schrumpfender Bevölkerung? Die besondere Bedeutung des Produktionsfaktors Arbeit

Das Wirtschaftswachstum speist sich aus drei Quellen - den Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und technischer Fortschritt. Nach dem Versiegen der ersten Quelle, die zu einer Senke wurde, bleiben immer noch die beiden anderen übrig. Ist also weiterhin ein befriedigendes Wirtschaftswachstum trotz Bevölkerungsschrumpfung möglich?

Für diese Frage ist der Produktionsfaktor Arbeit sowohl quantitativ als auch qualitativ von entscheidender Bedeutung. Denn die Verfügbarkeit von Produktionskapital ohne Arbeit ist von geringem Nutzen. Auch der technische Fortschritt - eine wichtige Ursache der Produktivitätssteigerungen-, fällt nicht vom Himmel, er muß von Menschen geschaffen werden. Es gibt also streng genommen nur einen einzigen Produktionsfaktor, nämlich Arbeit. Als ich Volkswirtschaftslehre studierte, stand dieser Satz noch nicht in den Lehrbüchern, weil der Faktor Arbeit damals noch nicht schrumpfte. Heute ist wichtig zu beachten, daß die Produktionsfaktoren Kapital und technischer Fortschritt durch Arbeit produziert werden. Dabei versteht es sich von selbst, daß es neben der Menge an Arbeit entscheidend auf ihre in Familien, Schulen, Betrieben und Universitäten erzeugte Qualität ankommt.

Vergleicht man die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20-Gruppe) und die Wachstumsrate der Bevölkerungsaltersgruppe 15-64 in den vier Jahrzehnten von 1970-2010, dann bildet Deutschland das Schußlicht: Es hat unter den G-20-Ländern die niedrigste Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts und gleichzeitig die niedrigste bei der Altersgruppe 15-64 - der entscheidenden Altersgruppe für das Arbeitsangebot. Bei diesem Ländervergleich bestätigt sich die Vermutung, dass es einen Zusammenhang zwischen der ökonomischen und der demographischen Wachstumsrate gibt: Je höher die Wachstumsrate der Altersgruppe 15-64, desto höher ist die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (*Schaubild 4*).

Der Zusammenhang ist aus zwei Gründen einleuchtend: Verfügt eine Volkswirtschaft über eine große Menge an Arbeit, dann gibt es in diesem Land nicht nur ein entsprechend hohes volkswirtschaftliches Produktionspotential, sondern auch das Nachfragepotential nach den produzierten Gütern und Diensten ist entsprechend groß, denn die Menschen produzieren nicht nur Güter, sie und ihre Familien konsumieren auch und schaffen mit ihren Erwerbseinkommen gleichzeitig die zur Auslastung des Produktionspotentials erforderliche Nachfrage.



© Prof. Dr. H. Birg, Universität Bielefeld

401

4 Der Rückgang des Arbeitskräftepotentials in Deutschland

Die Wachstumsrate der Altersgruppe 15-64 war in Deutschland bisher zwar sehr niedrig (durchschnittlich 0,24 % pro Jahr), aber wenn sie auch fast Null betrug, so war sie doch im gesamten Zeitraum 1970-2010 wegen der hohen Zuwanderungen aus dem Ausland noch leicht positiv und nicht negativ. Der Zustrom von Millionen von Menschen aus dem Ausland führte dazu, dass von den heute 81 Millionen Einwohnern 15 Millionen einen Migrationshintergrund haben (Zensus 2011).

Seit 2000 schrumpft die Altersgruppe 15-64 mit zunehmender Geschwindigkeit. Der Rückgang ist bei der für das Erwerbstätigenpotential entscheidenden Kerngruppe der 20-60jährigen besonders deutlich. Nimmt man für die Zukunft einen ebenso großen Nettozustrom von Menschen aus dem Ausland an wie in den vergangenen Jahrzehnten (im Durchschnitt betrug der Wanderungssaldo 130 Tsd. bis 170 Tsd. Nettoeinwanderungen pro Jahr), dann schrumpft die Altersgruppe 20-60 in den nächsten 40 Jahren (2010-2040) mit -0,8% pro Jahr.

Nach einer Faustregel der volkswirtschaftlichen Produktions- und Wachstumstheorie ist die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts gleich der Summe aus den Wachstumsraten der Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und technischer Fortschritt - jeweils gewichtet mit deren sogenannten Produktionselastizitäten. Von der gesamten Wachstumsrate entfiel in den vergangenen Jahrzehnten etwa die Hälfte auf den technischen Fortschritt: Im Zeitraum 1970-2010 betrug die jährliche Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts im Durchschnitt 2,0 %, etwa die Hälfte davon, also 1%, gingen auf das Konto des technischen Fortschritts.

Soll auch in Zukunft eine Wachstumsrate von 2,0 % erreicht werden, dann setzt dies bei einer negativen Wachstumsrate des Produktionsfaktors Arbeit von beispielsweise -0,8% voraus, daß der Kapitalstock, der technische Fortschritt bzw. beide zusammen schneller wachsen als in der Vergangenheit, denn 0,8 Prozentpunkte sind allein zur Kompensation des schrumpfenden Arbeitskräftepotentials erforderlich.

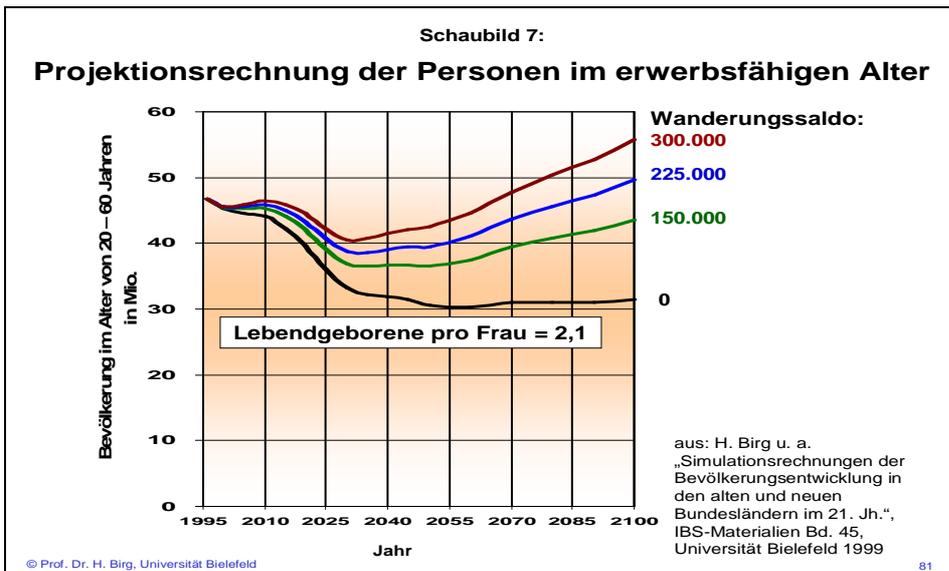
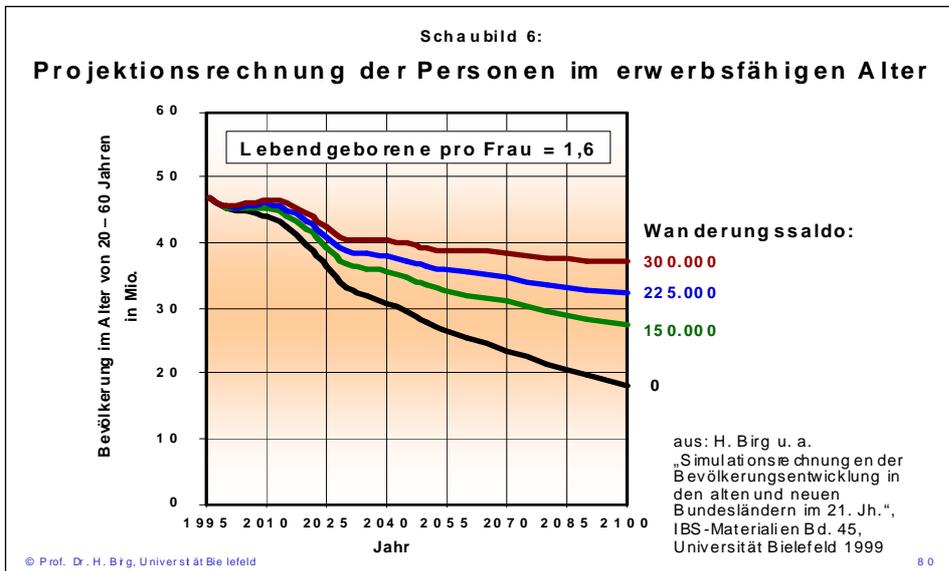
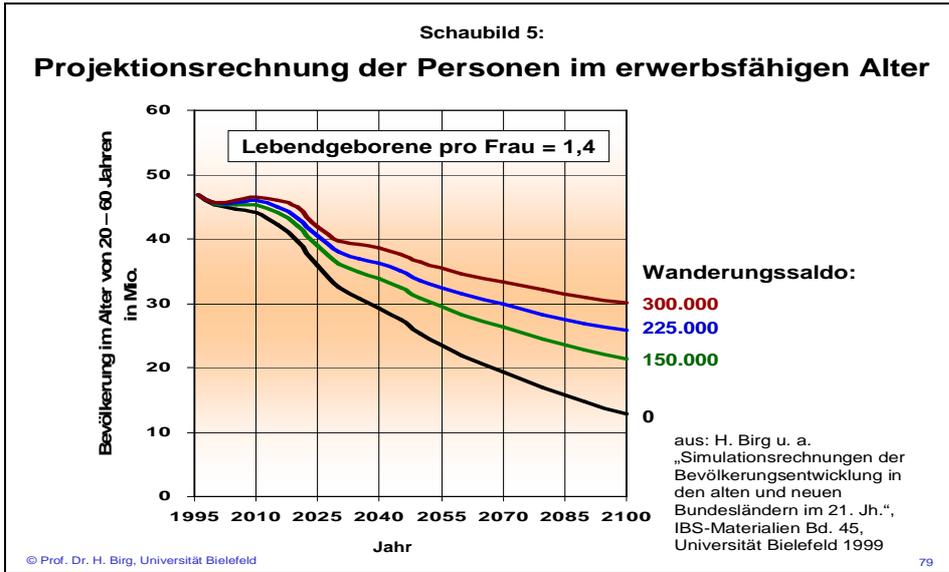
Gelingt diese Kompensation nicht, weil einerseits das Wachstum des Kapitalbestands wegen des schwächeren Wirtschaftswachstums eher geringer sein wird und weil andererseits auch der technische Fortschritt bei dem eher abnehmenden Qualifikationsniveau des unteren Segments des Arbeitskräftebestandes wahrscheinlich nicht höher sein wird als bisher, ist damit zu rechnen, daß die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts in Zukunft um rd. einen Prozentpunkt kleiner sein wird als in der Vergangenheit, also statt 2 nur noch 1 Prozent beträgt.

5 Der Hauptfaktor für das schrumpfende Arbeitskräftepotential: Die niedrige Geburtenrate infolge der lebenslangen Kinderlosigkeit

Läßt sich der demographische Sinkflug stoppen, um eine Rückkehr zu höheren Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts zu erreichen? Die niedrige Geburtenrate ist die Hauptursache der Bevölkerungsabnahme und der demographischen Alterung. Sie bewegt sich seit vier Jahrzehnten in einem Intervall zwischen 1,3 und 1,4 Lebendgeborenen pro Frau (= Total Fertility Rate). Der Hauptgrund für das niedrige Niveau der Geburtenrate ist der hohe Anteil der zeit lebens kinderlos bleibenden Frauen von rd. 25-30 Prozent bei den jüngeren Geburtsjahrgängen ab 1970. Lebensentwürfe ohne Elternschaft sind in Deutschland im Gegensatz zu den meisten anderen Industrieländern zu einem Massenphänomen geworden. Bei den Akademikerinnen ohne Ehe und Partnerschaft beträgt der Anteil der Kinderlosen über 60 % (Statistisches Bundesamt 2006).

Eine Rückkehr zu höheren Geburtenraten von beispielsweise 1,5 bis 1,7 ist nur bei einer Verringerung der freiwilligen Kinderlosigkeit möglich. Die Maßnahmen der Familienpolitik richten sich jedoch überwiegend auf die Zielgruppe mit Kindern, aber nicht auf Menschen, die gar keine Lebensläufe mit Kindern planen. Die Wirkungen dieser Art der Familienpolitik auf die Geburtenrate sind daher äußerst gering, sie lassen sich erst in der zweiten Stelle hinter dem Komma nachweisen (Birg 2005: 78).

Selbst wenn die Geburtenrate wieder auf beispielsweise 1,6 Lebendgeborene je Frau stiege, wäre die Abnahme des Erwerbspersonenpotentials auch bei hohen Einwanderungen in den nächsten zwei bis drei Jahrzehnten nicht zu stoppen, weil die Zahl der potentiellen Eltern wegen der Geburtenrückgänge in den vergangenen Jahrzehnten stark abgenommen hat. Man kann es nicht oft genug wiederholen: Nicht geborene Eltern können keine Kinder zur Welt bringen. Im übrigen würde es zwei bis drei Jahrzehnte dauern, bis die Geborenen das Bildungssystem durchlaufen haben und auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen (*Schaubilder 5, 6 und 7*).



6 Mit Einwanderungen läßt sich allenfalls der Bevölkerungsrückgang stoppen, jedoch nicht die demographische Alterung

Die Zuwanderungen aus Spanien und Griechenland haben sich 2012 im Zuge der dortigen Massenarbeitslosigkeit junger Menschen zwar um über 40 % erhöht, aber dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die gut qualifizierten spanischen Zuwanderer nur drei Prozent der über eine Million wenig qualifizierten Zuwanderer insgesamt betragen (Zahlen für 2012).

Wollte man die Bevölkerungszahl Deutschlands durch Einwanderung Jüngerer konstant halten, wäre nach den Berechnungen der Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen eine Nettoeinwanderung von 2000-2050 von 17,2 Millionen erforderlich. Bestünde das Ziel stattdessen darin, die Altersgruppe 15-64 Zahl konstant zu halten, müßte die Nettoeinwanderung 24,3 Millionen betragen. Noch wesentlich größer wäre die erforderliche Nettoeinwanderung, wollte man das Verhältnis aus der Zahl der über 65jährigen zu den 15-64 jährigen (= Altenquotient) konstant halten, dann müssten netto 181,5 Millionen einwandern. Es ist also unrealistisch, die Relation zwischen der Bevölkerung im Erwerbsalter und den Älteren durch zusätzliche Einwanderungen Jüngerer zu stabilisieren. Zuwanderungen aus dem Ausland können auf Dauer nicht die Geburten im Inland ersetzen (*Schaubilder 8 - 10*).

Hinzu kommt: In Deutschland werden nicht irgendwelche Zuwanderer gebraucht, sondern gut ausgebildete, integrationsfähige und -willige Zuwanderer. Die Integrationsfähigkeit ist jedoch schon bei einem Großteil der heute in Deutschland lebenden 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund ein großes Problem, weil ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt – der bedeutendsten Integrationsmaschine - wegen ihres im Durchschnitt fünf bis zehn mal so häufig fehlenden Schul- oder Berufsabschlusses zu gering sind (*Schaubild 10*).

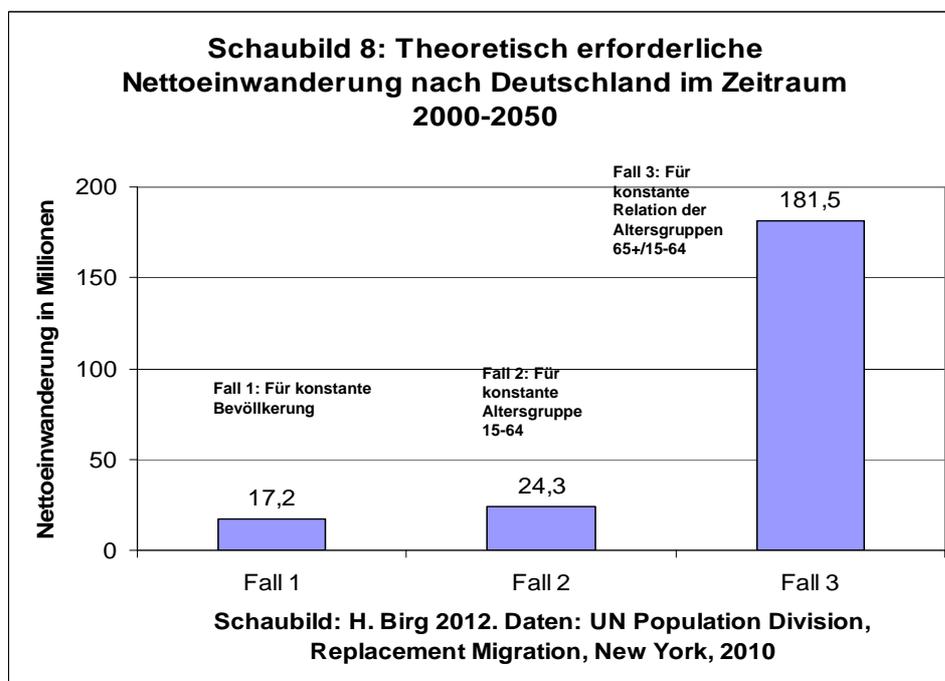
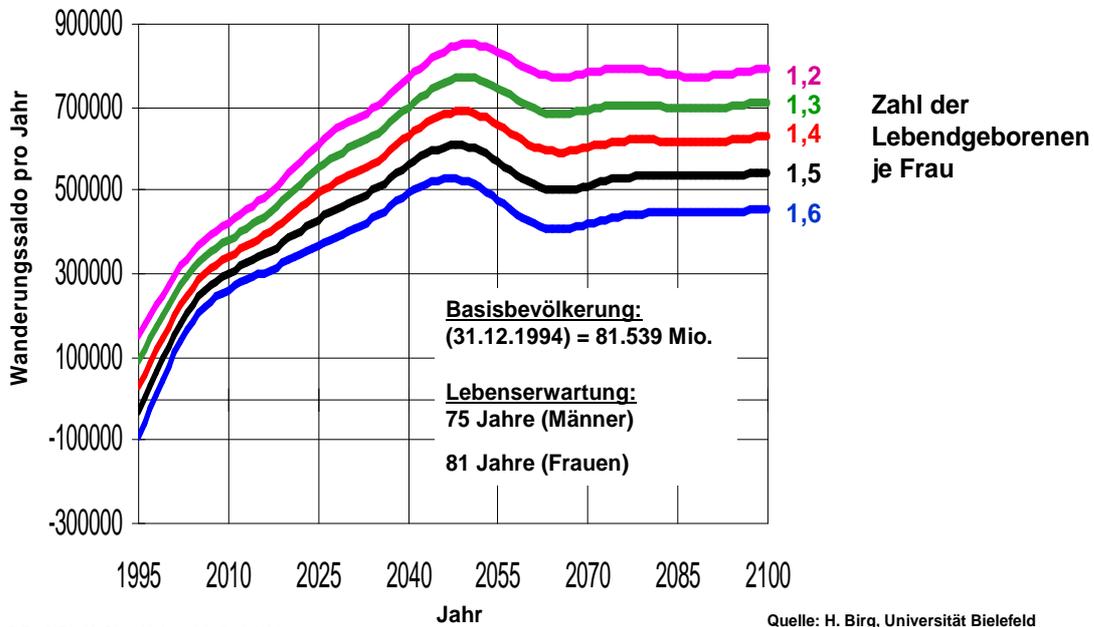


Schaubild 9:

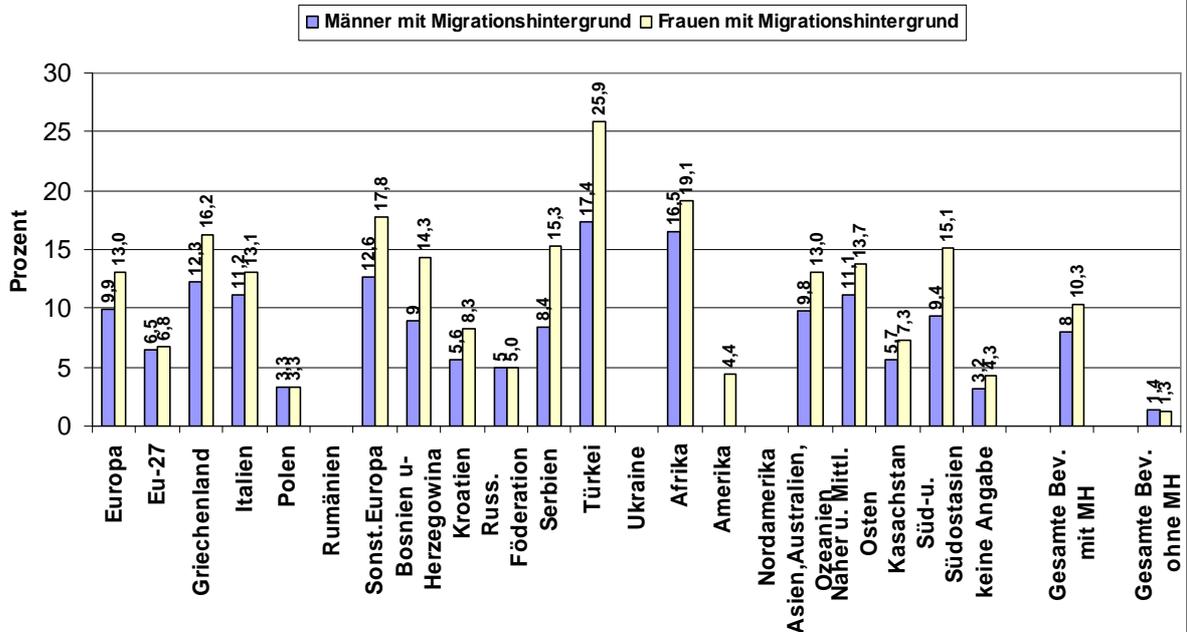
Hypothetischer Wanderungssaldo Deutschlands, der für eine konstante Bevölkerungszahl erforderlich wäre – bei alternativer Geburtenzahl pro Frau



© Prof. Dr. H. Birg, Universität Bielefeld

92

Schaubild 10: Anteil der Bevölkerung ohne Schulabschluß nach Herkunftsländern und Geschlecht



Quelle: H. Birg. Eigene Berechnungen. Daten: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2007. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.4.2009

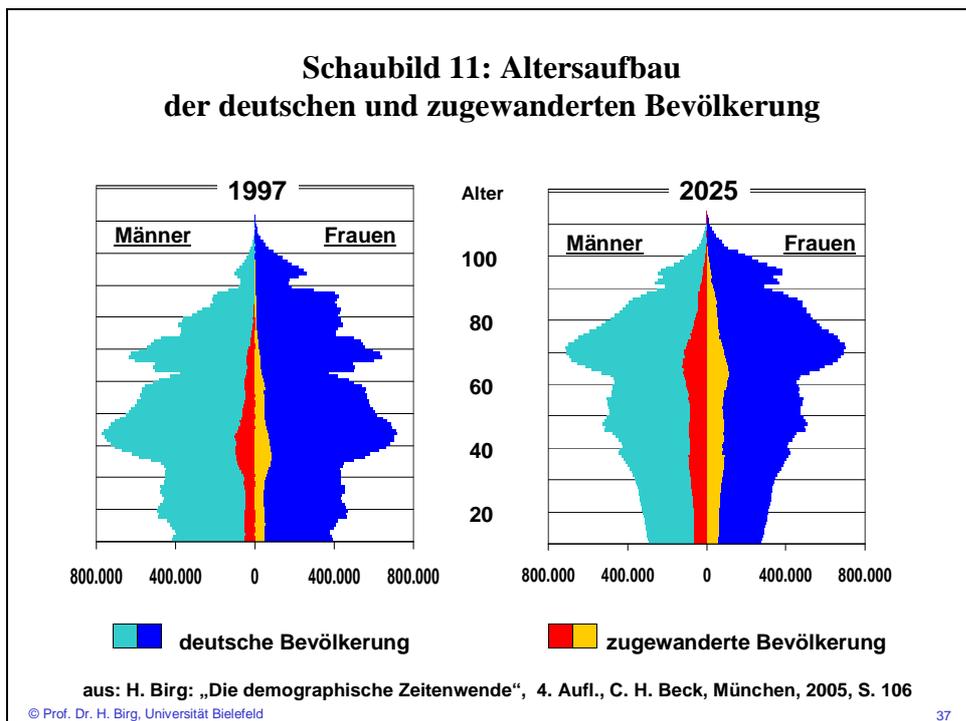
© Prof. Dr. H. Birg, Universität Bielefeld

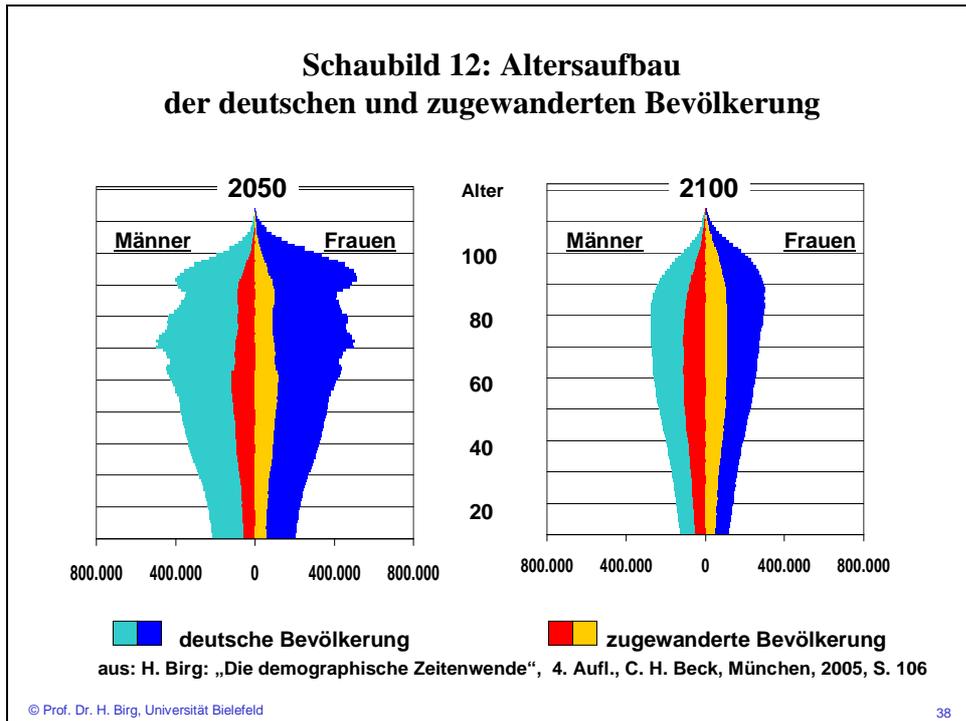
295

7 Differenzierung der Bevölkerungsvorausberechnungen nach Deutschen und Zugewanderten sowie nach alten und neuen Bundesländern

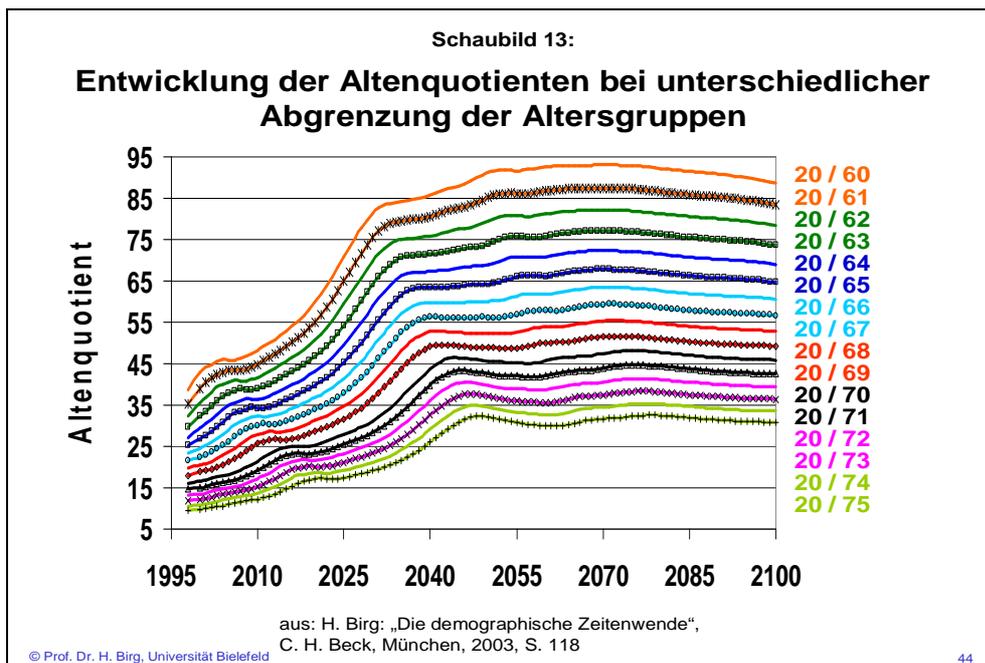
Die verschiedenen Bevölkerungsprognosen des Statistischen Bundesamtes haben sich in den letzten Jahren schrittweise an die des Verfassers angenähert (*Schaubild 3*). Die hier vorgestellten Vorausberechnungen des Verfassers sind die einzigen, die nach alten und neuen Bundesländern sowie nach Zugewanderten und nicht Zugewanderten differenziert sind. Der Begriff zugewanderte Bevölkerung ist hier anders definiert als der vom Statistischen Bundesamt verwendete Begriff „Bevölkerung mit Migrationshintergrund“: Die zugewanderte Bevölkerung besteht bei den Vorausberechnungen des Verfassers aus den Einwohnern, die im Jahr der Vorausberechnungen (1998) die ausländische Staatsangehörigkeit hatten, einschließlich ihrer im Vorausberechnungszeitraum (1998-2100) geborenen Nachkommen. Der Fehler der Vorausberechnungen liegt bisher im Promillebereich, daher gab es bisher keinen Grund, eine Aktualisierung der Vorausberechnungen aus dem Jahr 1998 durchzuführen.

Die Hauptergebnisse sind (*Schaubilder 11-14, Tabellen 1-3*):





(1) Die demographische Alterung, die sich z.B. durch den Anstieg des Durchschnittsalters um rd. 10 Jahre bis zur Jahrhundertmitte oder durch die Verdoppelung des Verhältnisses aus der Zahl der älteren zur mittleren Bevölkerung (= Altenquotient, *Schaubild 13*) messen lässt, ist ein Vorgang, der sich in den nächsten fünfzig Jahren nicht mehr umkehren lässt. Die Alterung kann weder durch eine Zunahme der Geburtenrate noch durch hohe Zuwanderungen Jüngerer aus dem Ausland verhindert, sondern nur noch gemildert werden.

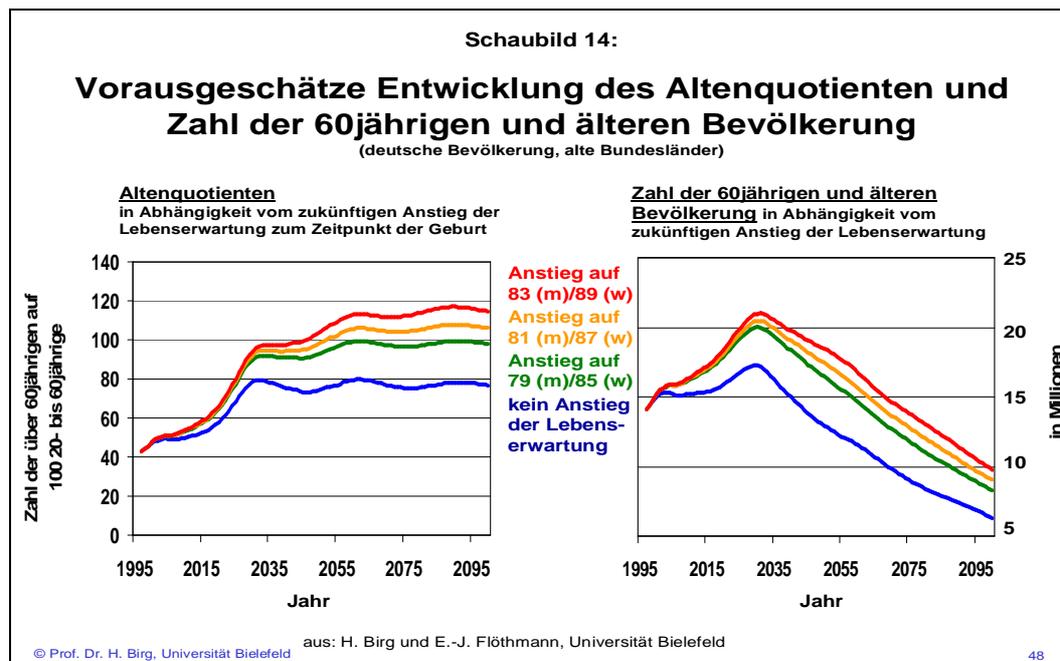


(2) Im Gegensatz zur demographischen Alterung ist die Bevölkerungsschrumpfung kein irreversibler Vorgang. Die seit 1972 anhaltende Bevölkerungsabnahme infolge des Geburtendefizits der deutschen Bevölkerung könnte im Prinzip durch immer höhere Einwanderungen hinausgeschoben, gestoppt oder sogar in ein Bevölkerungswachstum umgekehrt werden. Dafür müßte sich der jährliche Einwanderungsüberschuß bis zur Jahrhundertmitte (und darüber hinaus) jedoch auf mindestens 700 Tsd. Pro Jahr vervielfachen (*Schaubilder 8 und 9*).

(3) Die entscheidende Ursache der demographischen Alterung ist die niedrige Geburtenrate (Kinderzahl pro Frau) und die (nicht mehr änderbare) Abnahme der Geburtenzahl in der Vergangenheit sowie die starke Abnahme der mittleren Altersgruppen (20 bis 60jährige) von 1998 bis 2050 um 16 Mio. bei gleichzeitiger Zunahme der Zahl der über 60jährigen um 10 Mio.

(4) Der Anstieg der Lebenserwartung ist als Faktor der demographischen Alterung von untergeordneter Bedeutung, entscheidend war und ist die niedrige Geburtenrate, die sich in der Abnahme der jungen und mittleren Altersgruppen auswirkte und weiter auswirkt. Selbst wenn die Lebenserwartung der deutschen Bevölkerung konstant bliebe, würde sich der Altenquotient trotzdem verdoppeln (*Schaubild 14*).

(5) Die Zahl der über 80jährigen steigt vom Ende des 20. Jahrhunderts bis zur Mitte des 21. um rd. 3 Mio. auf 10 Mio. Die bis 2050 vorausberechnete Erhöhung der Zahl der über Hundertjährigen von rd. 6-10 Tsd. um mehr als das Zehnfache hat zwar in der Öffentlichkeit einen hohen Aufmerksamkeitswert, fällt aber im Vergleich zur Zunahme der Zahl der über 60jährigen um 10 Mio. als Faktor der demographischen Alterung quantitativ nicht ins Gewicht.



(5) Sämtliche Bundesländer, Regionen und Gemeinden sind von der demographischen Alterung betroffen, wenn auch nicht im gleichen Ausmaß. Die Alterung ist bei jenen Gemeinden besonders intensiv, in denen - wie in den Bäderstädten - ältere Menschen zuwandern (= aktive demographische Alterung) und jüngere abwandern (= passive demographische Alterung).

(6) In Deutschland gibt es pro Jahr vier bis fünf Millionen Wohnortwechsel zwischen den rd. 11 Tsd. Gemeinden. Durch diese „Binnenwanderungen“ werden die Gemeinden in eine Gewinner- und eine Verlierergruppe geteilt. Vor allem die Metropolregionen Bayerns, Baden-Württembergs sowie Südhessen werden noch für Jahrzehnte durch die innerdeutschen Wanderungsbewegungen (sowie zusätzlich durch Einwanderungen aus dem Ausland) zu Lasten vor allem der neuen Bundesländer, des nördlichen Ruhrgebiets, Süd-Niedersachsens, der Oberpfalz und Niederbayerns Bevölkerungszuwächse verzeichnen (*Schaubilder 15 - 16b*).

Tabelle 1: Bevölkerungsvorausberechnung nach Großgruppen in Mio. (mittlere Variante)

	1998	2010	2030	2050	2080	2100
Deutsche/alte Bundesländer	59,6	57,1	49,9	39,5	24,9	17,7
Deutsche/neue Bundesländer	15,0	14,4	12,4	9,5	5,2	3,5
Zugewanderte/alte Bundesländer	7,1	9,9	14,1	17,4	20,7	22,3
Zugewanderte/neue Bundesländer	0,3	0,6	1,1	1,6	2,2	2,6
<i>Deutschland insgesamt</i>	<i>82,1</i>	<i>82,0</i>	<i>77,5</i>	<i>68,0</i>	<i>53,1</i>	<i>46,1</i>

Quelle: H. Birg, Die ausgefallene Generation, München 2006, S. 74.

Tabelle 2: Bevölkerungsvorausberechnung nach Altersgruppen in Mio. (mittlere Variante)

Alter	1998	2010	2030	2050	2080	2100
unter 20	17,7	15,0	12,0	9,7	7,8	7,1
20 bis unter 40	24,6	19,3	16,3	13,4	10,4	9,2
40 bis unter 60	21,9	25,9	19,9	17,1	13,1	11,4
60 und älter	17,9	21,8	29,4	27,8	21,7	18,3
80 und älter	3,0	4,5	6,6	10,0	7,6	6,3
<i>Bevölkerung insgesamt</i>	<i>82,1</i>	<i>82,0</i>	<i>77,5</i>	<i>68,0</i>	<i>53,1</i>	<i>46,1</i>

Quelle: H. Birg, Die ausgefallene Generation, München 2006, S. 74.

Tabelle 3: Bevölkerungsvorausberechnung nach Altersgruppen in % (mittlere Variante)

Alter	1998	2010	2030	2050	2080	2100
unter 20	21,6	18,3	15,5	14,3	14,6	15,4
20 bis unter 40	30,0	23,5	21,0	19,7	19,6	20,1
40 bis unter 60	26,7	31,6	25,7	25,2	24,7	24,7
60 und älter	21,8	26,6	37,9	40,9	40,9	39,7
80 und älter	3,7	5,5	8,5	14,7	14,3	13,7
<i>Bevölkerung insgesamt</i>	<i>100,0</i>	<i>100,0</i>	<i>100,0</i>	<i>100,0</i>	<i>100,0</i>	<i>100,0</i>

Quelle: H. Birg, Die ausgefallene Generation, München 2006, S. 75

Schaubild 15: Geburten- und Sterbeüberschüsse in Vergangenheit und Zukunft

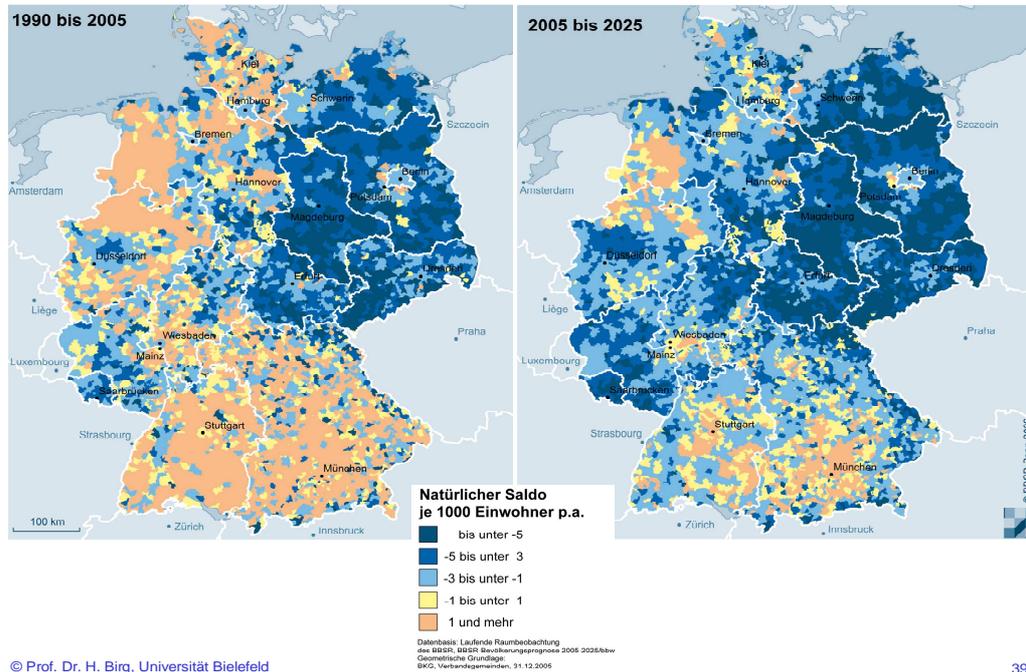
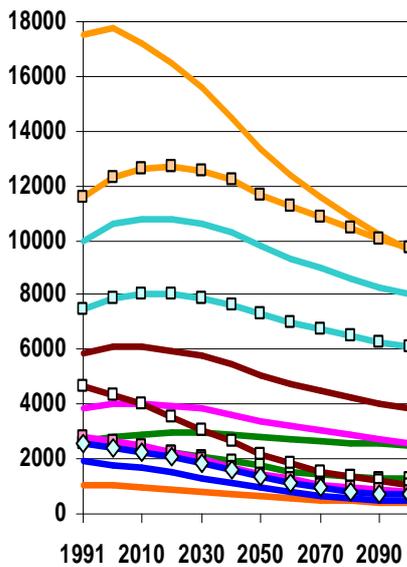
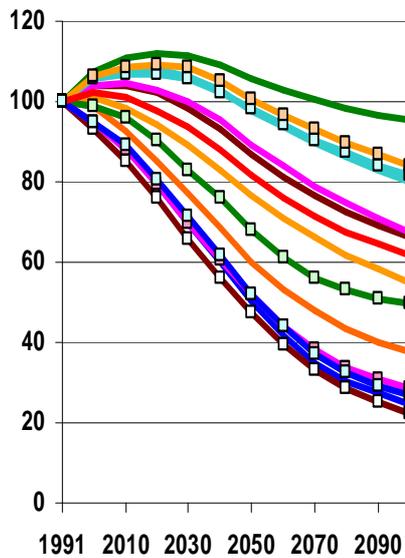


Schaubild 16 a:
Simulationsrechnungen der Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern von 1991 bis 2100 mit endogenen Binnenwanderungen bei einem Außenwanderungssaldo von 250 Tsd. pro Jahr (Var. 1) und 1,4 Lebendgeborenen pro Frau

Bevölkerung in Tausend

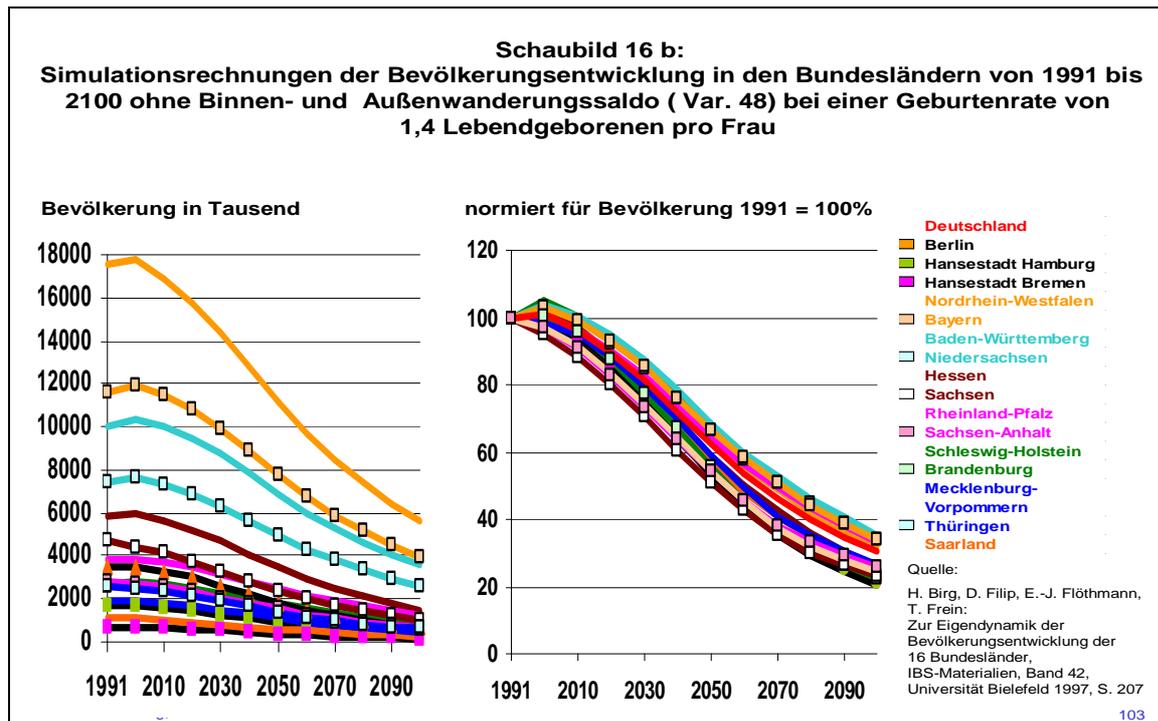


normiert für Bevölkerung 1991 = 100%



- Nordrhein-Westfalen
- Bayern
- Baden-Württemberg
- Niedersachsen
- Hessen
- Sachsen
- Rheinland-Pfalz
- Sachsen-Anhalt
- Schleswig-Holstein
- Brandenburg
- Mecklenburg-Vorpommern
- Thüringen
- Saarland

Quelle:
 H. Birg, D. Filip, E.-J. Flöthmann,
 T. Frein:
 Zur Eigendynamik der
 Bevölkerungsentwicklung der
 16 Bundesländer,
 IBS-Materialien, Band 42,
 Universität Bielefeld 1997, S. 207



8 Die fünf demographischen Plagen

Die sozialen Gegensätze und Interessenkonflikte werden durch die demographischen Megatrends der Schrumpfung, Alterung und Internationalisierung der Bevölkerungsentwicklung verstärkt. Der zunehmende ökonomische, gesellschaftliche und regionale Verteilungsstreß erhöht das Konfliktpotential vor allem in folgenden 5 Bereichen.

(1) Intergenerationaler Konflikt – Interessengegensatz zwischen alten und jungen Generationen. Durch die Bevölkerungsentwicklung in der Vergangenheit nimmt die Haupt-Altersgruppe der Versorgungsempfänger (über 60jährige) vom Ende des 20. Jahrhunderts bis zur Jahrhundertmitte um rd. 10 Mio. Menschen zu, während die Hauptgruppe der Einwohner im Erwerbsalter bzw. die Gruppe der Beitrags- und Steuerzahler (20-60jährige) auch bei hohen Einwanderungen aus dem Ausland gleichzeitig um rd. 16 Mio. zurückgeht. Die scherenartige Auseinanderentwicklung bewirkt ein jahrzehntelang sinkendes Versorgungsniveau in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung – mit der Gefahr von Verteilungskonflikten und negativen Auswirkungen auf den sozialen Frieden. Durch die Umlagefinanzierung des Sozialen Sicherheitssystems werden gerade jene Frauen, die durch die Erziehung von Kindern als den künftigen Beitragszahlern die Finanzierung der überdurchschnittlich hohen Versorgungsbezüge der meist freiwillig kinderlos gebliebenen Menschen in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung erst ermöglicht haben, benachteiligt, weil ihre eigene Erziehungsarbeit in der Sozialversicherung nicht genügend oder gar nicht anerkannt wird, so daß gerade sie von geringen Renten und von Altersarmut bedroht sind.

(2) Intragenerationaler Konflikt - Interessengegensatz innerhalb jeder alten und jungen Generation zwischen Menschen mit bzw. ohne Kinder (Verfassungskonflikt). Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil von 2001 die Pflegeversicherung für verfassungswidrig erklärt, weil sie Menschen ohne Kinder in einer den Gleichheitsgrundsatz verletzenden Weise privilegiert, wenn die Menschen lediglich durch ihre monetären Beiträge zur Pflegeversicherung die gleichen Ansprüche erwerben wie jene, die durch die Erziehung

von Kindern als den künftigen Beitragszahlern auch die vom Gericht als „generativen Beitrag“ bezeichnete Leistung erbringen, ohne die das umlagefinanzierte System der Pflegeversicherung – aber auch das System der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung – zusammenbräche. Bereits in seinem „Trümmerfrauen-Urteil“ hat das Bundesverfassungsgericht von der Politik umfassende Änderungen des gesamten Sozialrechtssystems verlangt – ohne Ergebnis. Verfassungsjuristen daher sprechen von einem permanenten „Verfassungsboykott“ durch die Politik. Der Verfassungsboykott ist wahrscheinlich die folgenreichste Auswirkung des demographischen Wandels, denn er untergräbt die ethischen Fundamente unseres Rechts-, Gesellschafts- und Wirtschaftssystems als unabdingbare Voraussetzungen von Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit.

(3) Regionalkonflikt - Interessengegensatz zwischen wachsenden und schrumpfenden Regionen. Vielfach unterschätzt wird die Gefährdung der Demokratie durch das demographische Auseinanderdriften der Regionen und Gemeinden, mit der Konsequenz, daß das im Grundgesetz verankerte Gebot, in allen Teilen des Bundesgebiets „gleichwertige“ (nicht „gleichartige“) Lebensbedingungen zu schaffen, unerfüllbar wird. Trotz des Bevölkerungsrückgangs im Bundesgebiet insgesamt gibt es Gemeinden und Regionen, deren Bevölkerungszahl gerade deshalb stabil bleibt oder sogar noch jahrzehntelang wächst, weil ihr Geburtendefizit durch die Wanderungsbewegungen innerhalb Deutschlands mehr als ausgeglichen wird. Dem Bevölkerungsgewinn jeder Zielgemeinde steht ein gleich großer Bevölkerungsverlust in der Herkunftsgemeinde gegenüber. Die neuen Bundesländer gehören ausnahmslos zu den Binnenwanderungsverlierern, aber auch im nördlichen Ruhrgebiet, in Süd-Niedersachsen, Nordhessen, im Saarland und in Nordbayern gibt es Landstriche mit ständigen Binnenwanderungsverlusten. Dabei ist die Selektionswirkung der Wanderungen entscheidend: Da überwiegend die Jüngeren und gut Ausgebildeten abwandern, schwächt dies das wirtschaftliche Entwicklungspotential und verstärkt die Abwanderung weiter. Es entsteht eine sich selbst tragende demographisch-ökonomische Abwärtsspirale, in den Zielgebieten eine entsprechende Aufwärtsspirale.

(4) Integrationskonflikt - Interessengegensatz zwischen Zugewanderten und nicht Zugewanderten. Im Durchschnitt der letzten Jahrzehnte zogen jedes Jahr durchschnittlich rd. 170 Tsd. mehr Menschen nach Deutschland zu als fort (bei jährlich rd. 800 Tsd. Zuwanderungen und 630 Tsd. Abwanderungen). Nach dem vorübergehenden Rückgang der Zuwanderungen ist die jährliche Zahl der Zuwanderer durch die Finanzkrise wieder auf über eine Million pro Jahr gestiegen, sie ist also größer als die jährliche Zahl der in Deutschland geborenen Kinder (rd. 650 Tsd.). Die deutsche Bevölkerung ohne Migrationshintergrund schrumpft immer schneller, während die Migrationsbevölkerung durch ihre Geburtenüberschüsse und durch weitere Zuwanderungen wächst.

Die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund liegt jetzt bei 15 Mio. Bei den unter 40jährigen hat die Gruppe der Zugewanderten in einigen Großstädten die 50%- Schwelle erreicht, was jedoch in der amtlichen Statistik nicht ohne weiteres sichtbar ist, weil seit Januar 2000 das neue Staatsangehörigkeitsrecht gilt. Seitdem erhalten hier geborene Kinder ausländischer Eltern neben der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit. In der amtlichen Statistik treten diese Doppelstaatler nur als Deutsche in Erscheinung. Die Konsequenz ist, daß die Zahl der Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit in der amtlichen Statistik steigt und die mit ausländischer sinkt, obwohl umgekehrt die Zahl der Zugewanderten und ihrer Nachkommen ständig wächst und die der nicht Zugewanderten schrumpft. Die zugewanderte Population hat pro Kopf geringere Einkommen und wegen wesentlich ungünstigerer Bildungsvoraussetzungen eine doppelt so hohe Arbeitslosenquote und eine dreimal so hohe Sozialleistungsquote. Deshalb sind die pro

Kopf empfangenen Transferleistungen dieser Bevölkerungsgruppe höher als bei den Menschen ohne Migrationshintergrund. Die daraus folgende Umverteilung von den Deutschen zu den Zugewanderten ist immer noch ein politisches Tabu.

(5) Internationaler Finanzkonflikt - Interessengegensatz zwischen Gläubigern und Schuldern. Die internationale Finanzkrise, die in Griechenland begann, entzündete sich an den Zweifeln der Gläubigerbanken bezüglich der langfristigen Zahlungsfähigkeit bestimmter Schuldnerländer. Die Zweifel wurden von den Banken vor allem mit den demographisch bedingt steigenden Rentenlasten der Schuldnerländer begründet. Zur Stärkung der Vertrauensbasis hat die EU eine Reihe von Rettungsmaßnahmen in Form von Bürgschaftsverpflichtungen geschaffen. Dabei wird meist übersehen, daß Deutschland als Bürge ebenso wie die Länder, zu deren Hilfe der Rettungsschirm geschaffen wurde, steigende Rentenlasten zu tragen hat. Heute schon muß das Defizit der Gesetzlichen Rentenversicherung durch steuerfinanzierte Zuschüsse (also nicht durch Bürgschaften) in Höhe von rd. 80 Milliarden Euro jährlich ausgeglichen werden, nicht gerechnet den steigenden Bedarf an Zuschüssen für die Gesundheits- und Pflegeversicherung. Allein die Zahlungen für die Rentenversicherung haben in zehn Jahren ein größeres Volumen wie die von Deutschland übernommenen Bürgschaften.

Kennziffern für die demographisch verursachten Belastungen der öffentlichen Haushalte wie der Altenquotient oder die Geburtenrate eines Landes werden von den Finanzmärkten als wirtschaftlich bedeutsame „Fundamentaldaten“ zur Beurteilung der Kreditwürdigkeit und des Insolvenzrisikos von Staaten herangezogen. Für die Banken ist die Gewährung von Krediten zu griechischen Zinsen, aber zu Sicherheiten wie bei deutschen Staatsanleihen, ein profitables Geschäft, ihr Interesse an einer Änderung dieses Zustands ist entsprechend gering.

9 Das demographisch-ökonomische Paradoxon und die Risikospirale des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems

Steigen die von den Frauen erzielbaren Erwerbseinkommen, beispielsweise durch die allgemeine Verbesserung ihrer beruflichen Qualifikationen, nehmen im gleichen Maße die sogenannten Opportunitätskosten von Kindern zu, die in der Wirtschafts- und Bevölkerungstheorie als entgangene Einkommen definiert werden, die eine Frau hinnehmen müsste, wenn sie anstatt erwerbstätig zu sein Kinder erzieht. Aufgrund dieses Tatbestands lässt sich das folgende, weltweit beobachtbare Phänomen erklären, das ich als „demographisch-ökonomisches Paradoxon“ bezeichnet habe: Im internationalen Vergleich der Länder haben Frauen umso weniger Kinder, je mehr sie sich auf Grund eines höheren Pro-Kopf-Einkommens leisten könnten.²

Das demographisch-ökonomische Paradoxon bildet ein wichtiges Element in einer Kette von interdependenten Wirkungsbeziehungen und Rückkopplungen, die man mit dem Begriff „demographisch-ökonomische Risikospirale“ zusammenfassen kann. Dabei spielt der Begriff des Risikos sowohl auf der Systemebene als auch auf der persönlichen Ebene eine entscheidende Rolle. Die persönlichen Entscheidungen unter Risiko sind von besonderer Tragweite bei den langfristigen Festlegungen in der Biographie für Kinder. In dynamischen Wirtschaftsgesellschaften haben langfristige Festlegungen im Lebenslauf besonders auf den Arbeitsmärkten hohe „biographische Opportunitätskosten“ zur Folge, durch die zahlreiche

² H. Birg, Die demographische Zeitenwende – Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa, 4. Aufl., München 2005, Kapitel 3, S.42 ff.

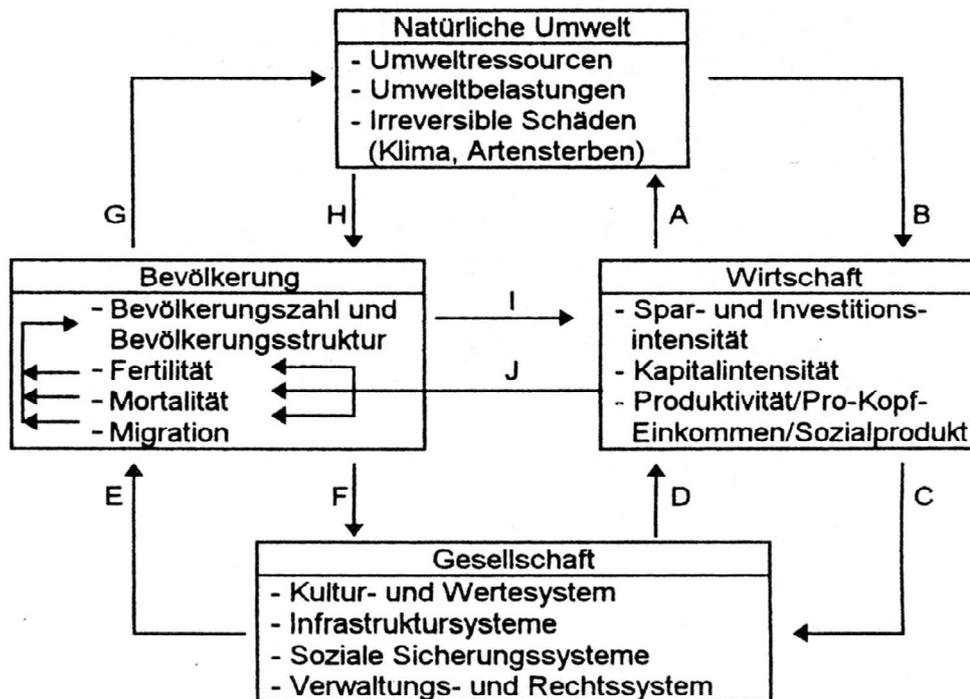
Alternativen aus dem biographischen Möglichkeitsraum des Individuums ausscheiden.³ Die Individuen versuchen die biographischen Festlegungsrisiken dadurch zu vermeiden, dass sie die Entscheidungen für Kinder in spätere Phasen des Lebenslaufs aufschieben oder ganz vermeiden.

Die demographisch-ökonomische Risikospirale besteht aus den folgenden Elementen, wobei an dieser Stelle das System Umwelt nicht näher betrachtet werden soll: (1) Am Anfang steht eine Abnahme der Geburtenrate durch die steigenden Opportunitätskosten von Kindern. (2) Die niedrige Geburtenrate führt zur Alterung und zu einer starken Zunahme des Altenquotienten. (3) Die Alterung erzwingt Reformen des Systems der Sozialen Sicherung, insbesondere durch eine schrittweise Ergänzung des Umlageverfahrens durch das Kapitaldeckungsverfahren. (4) Die verstärkte private Kapitalbildung führt bei der späteren Veräußerung des angelegten Vorsorgekapitals im Ruhestand zu einem Anstieg des Angebots an Wertpapieren, Immobilien und anderen Anlagegütern auf den Kapitalmärkten, mit der Folge einer Abnahme der Zinsen und Renditen. (5) Zur Kompensation der niedrigen Zinsen und Renditen nehmen die Anleger Zuflucht zu risikoreicheren Anlageformen. (6) Dadurch nehmen auch auf persönlicher Ebene die Risiken langfristiger Festlegungen im Lebenslauf durch Kinder weiter zu. (7) Die zunehmenden Risiken langfristiger Festlegungen im Lebenslauf verstärken den durch die hohen Opportunitätskosten von Kindern verursachten Trend zu niedrigen Geburtenraten, so dass sich der Kreis schließt, die Risikospirale an ihren Anfangspunkt zurückkehrt und der Zyklus von neuem beginnt (**Schaubild 16c**).

Rückkopplungen und eingebaute Stabilisatoren, die so stark sind, dass sie das System in eine stabile Lage zurückführen könnten, wurden bisher nicht festgestellt. Auch die Steuerbarkeit des Systems durch die Politik ist nicht ausreichend. Das System verliert so lange seine Stabilität, bis sich durch kulturelle Innovationen eine neue Bewusstseinslage einstellt und sich andere Verhaltensweisen entwickeln, die zu einer höheren Geburtenrate führen. Bis dahin, also wahrscheinlich für Jahrzehnte, wird die Phase niedriger Zinsen anhalten, die Bevölkerungsschrumpfung, Alterung und die kompensatorische Einwanderung sich fortsetzen und die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts weiter abnehmen, so dass sich durch die Krise gleichzeitig die Mittel des Staates zur Gestaltung und Milderung ihrer Auswirkungen verringern.

³ Zu den Risiken langfristiger Festlegungen im Lebenslauf und ihren Auswirkungen auf die Geburtenrate siehe meine biographische Theorie der Fertilität in H. Birg, E.-J. Flöthmann u. I. Reiter, Biographische Theorie der demographischen Reproduktion. Frankfurt a.M., 1991.

Schaubild 16c: Risikospirale zwischen den Systemen Wirtschaft, Bevölkerung, Gesellschaft und Umwelt



Quelle: H. Birg, Die Weltbevölkerung – Dynamik und Gefahren, 2. Auflage, München 2004, S.72

© Prof. Dr. H. Birg, Universität Bielefeld

178

10 Wirtschaftssectoren und Branchen als Gewinner und Verlierer des Demographischen Wandels

Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts ist gleich dem gewogenen Durchschnitt der Wachstumsraten der einzelnen Wirtschaftssectoren und Branchen. Die Abnahme des Produktionsfaktors Arbeit und die damit verbundene Verringerung der Nachfrage wirkt sich auf die sektorspezifischen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts unterschiedlich aus.

Das Interesse an den ökonomischen Auswirkungen der demographischen Veränderungen konzentriert sich auf meist auf die betriebswirtschaftliche Innenperspektive. Meist stehen die Folgen für die Rekrutierung von Arbeitskräften oder die Auswirkungen alternder Belegschaften sowie Fragen der Fortbildung, Gesundheit und der Entgeltgestaltung im Vordergrund. Die betriebliche Außenperspektive wird häufig vernachlässigt, insbesondere die Folgen für die volkswirtschaftliche Entstehung, Verteilung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts als den entscheidenden Faktoren der Nachfrage nach den Produkten der Betriebe und Unternehmen.

Die Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf den Bedarf und die Nachfrage von Gütern müssen wegen der Gleichzeitigkeit von langfristig wachsenden und schrumpfenden

Teilpopulationen differenziert werden. Bedingt durch das Wachstum der älteren Bevölkerung gibt es ein beständig expandierendes Bedarfs- und Nachfragepotential nach Produkten für ältere Menschen, während die von den jüngeren und mittleren Bevölkerungsgruppen ausgeübte personenabhängige Nachfrage schrumpft. Zusätzlich spaltet sich die Nachfrageentwicklung durch die wachsende Bevölkerung mit Migrationshintergrund und die abnehmenden deutsche Bevölkerung.

Die sich daraus ergebenden vier Bedarfs- bzw. Nachfragegruppen (alte/ junge sowie zugewanderte/deutsche Bevölkerungsgruppe) entfalten ihre monetäre Nachfrage nicht nur in Abhängigkeit von der Zahl der Personen, sondern auch von der Zahl der privaten Haushalte. Hierbei ist zu beachten, daß die Zahl der Einpersonenhaushalte demographisch bedingt durch niedrige Kinderzahlen, Scheidungen und bei älteren Haushaltsmitgliedern durch die im Vergleich zu Frauen früher sterbenden Männer wächst, während die Zahl der Zweipersonenhaushalte stagniert und die der Haushalte mit drei und mehr Personen zurückgeht (Birg 2005: 137).

Zu den Gewinner-Branchen gehört infolge der demographischen Alterung in erster Linie der Gesundheits- und Pflegesektor. Überdurchschnittliche Wachstumspotentiale bestehen darüber hinaus in einigen Dienstleistungsbranchen mit besonderen Versorgungs- oder Freizeitangeboten für ältere Menschen mit guter finanzieller Ausstattung, beispielsweise im Fitneß,- Wellnes- und Touristikbereich.

Die soziale Sicherung, die in Deutschland bisher in erster Linie als eine mit dem Umlageverfahren finanzierte Staatsaufgabe von Verfassungsrang organisiert war, ging im Zuge der Rentenreformen durch die Einführung von Versicherungsprodukten mit kapitalgedeckter Finanzierung schrittweise in privatwirtschaftliche Hände über. Für die Branche der Finanzdienstleister eröffnete sich dadurch eine Jahrhundertchance.

Zu den Dienstleistungsbranchen mit Wachstumseinbußen gehören die haushaltsnahen Dienstleistungen in den Regionen und Kommunen mit starken Bevölkerungsverlusten, vor allem in den neuen Bundesländern, aber auch in den Entleerungsgebieten im Westen Deutschlands.

Die warenproduzierenden Sektoren mit überregionalen oder internationalen Absatzmärkten sind von der demographischen Schrumpfung und Alterung in Deutschland wenig betroffen, soweit es um die Nachfrageseite geht. Anders zu beurteilen sind die vom Absatzradius unabhängigen Engpässe bei der Rekrutierung von gut ausgebildeten Arbeitskräften, wobei Unternehmen in attraktiven Regionen mit hohem Zuzugspotential weniger gefährdet sind als Unternehmensstandorte in Abwanderungsregionen.

11 Maßnahmen zur Gewährleistung der Arbeitsfähigkeit von Betrieben

Für die Unternehmen und Betriebe ergeben sich aus dem demographischen Wandel Marktrisiken aus den ständigen Veränderungen der Nachfrage und gleichzeitig Herausforderungen aus dem Verlust von Humankapital und Know How durch die alterungsbedingt hohen Übergänge der Belegschaften in den Ruhestand bei einem gleichzeitig abnehmenden Rekrutierungspotential.

Nach Angaben des Instituts der deutschen Wirtschaft bewirkte das knapper werdende Arbeitsangebot eine Steigerung der durchschnittlichen Vakanzzeit der gemeldeten offenen Stellen von 73 Tagen im Jahr 2010 auf 100 Tage im Jahr 2013 (iw-dienst, 25/2013, S. 6).

Daraus läßt sich folgern: „Das erste Gebot, sich auf den demographischen Wandel einzustellen, ist der Erhalt der Arbeitsfähigkeit von alternden Belegschaften“ (Thomas Langhoff, 2009: 341). Dafür kommen folgende Maßnahmen in Betracht, mit denen die Gruppe der „Fachkräfte 50+“ als Erfahrungsquelle aktiviert und mit einer neuen, den Menschen zugewandten Unternehmenskultur ein zukunftssträchtiger Wettbewerbsfaktor geschaffen werden kann:

- (1) Vorausschauende Marktorientierung und Produktanpassung an die demographisch bedingten Veränderungen der Nachfrage- und Zielgruppen,
- (2) Standortplanung bzw. -verlagerung zur Sicherung des langfristigen Rekrutierungspotentials an Fachkräften,
- (3) Einführung von Gesundheitsprogrammen zur Erhaltung der mentalen und physischen Leistungsfähigkeit der Beschäftigten,
- (4) flexible Gestaltung des betrieblichen Arbeitseinsatzes im Hinblick auf die individuellen Fähigkeiten und Bedürfnisse der Beschäftigten, beispielsweise Unterstützung in der Phase der Familiengründung,
- (5) systematische Fort- und Weiterbildung,
- (6) Bildung von gemischten Arbeitsteams aus Mitarbeitern unterschiedlichen Alters und Geschlechts,
- (7) Erweiterung der Rekrutierungsstrategien durch Kooperationen mit Schulen und Hochschulen,
- (8) Einführung von Kinderkrippen und Betreuungsangeboten für pflegebedürftige Angehörige von Beschäftigten,
- (9) Maßnahmen zur Mitarbeiterbindung insbesondere bei hochqualifizierten Arbeitskräften, deren relative Knappheit stärker wächst als die von mittel und gering Qualifizierten,
- (10) Verbesserung des Verhältnisses und Flexibilisierung des Übergangs zwischen Stammebelegschaften und Zeitarbeitnehmern.

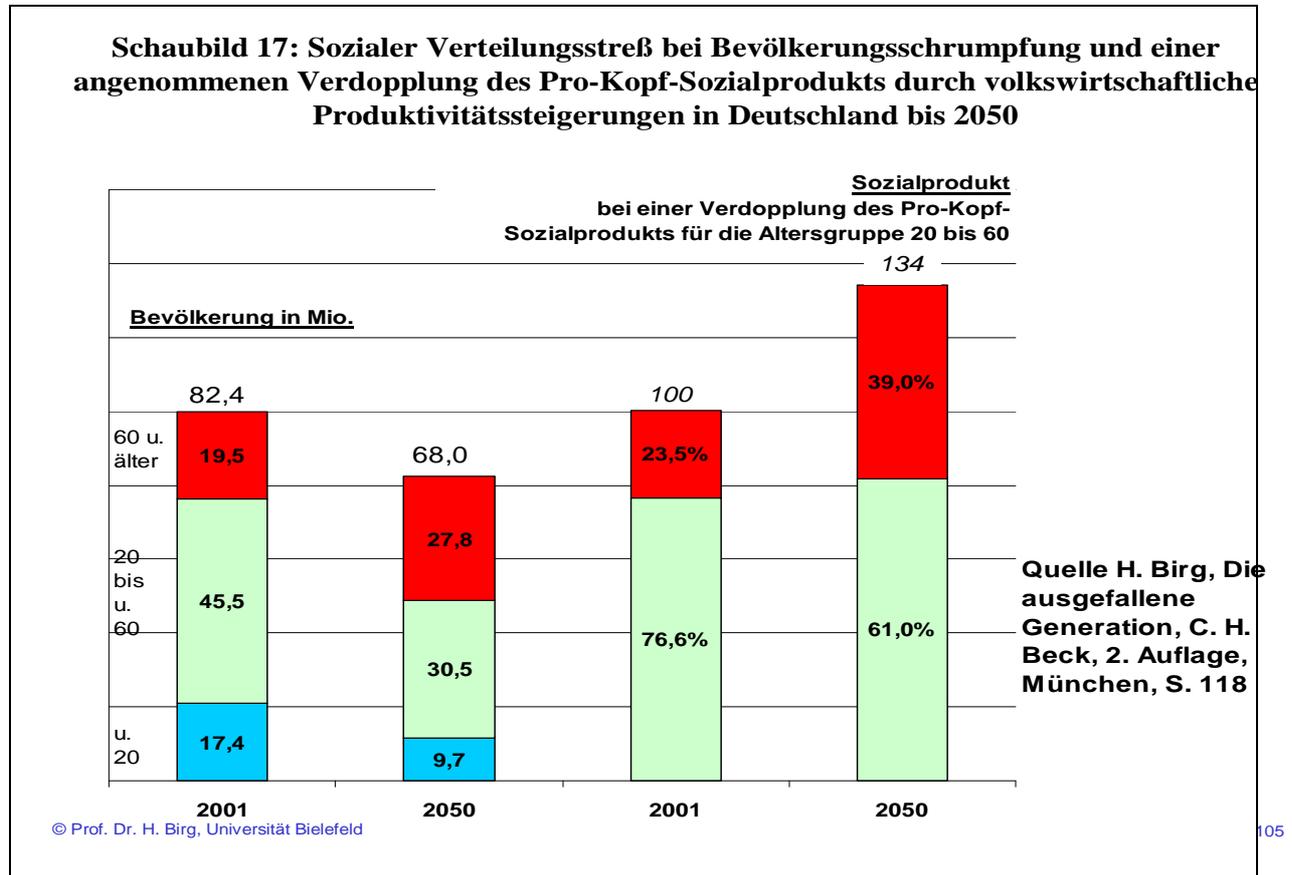
Weitere Maßnahmen werden in einer aktuellen Studie der Robert Bosch Stiftung vorgeschlagen (s. Walter N. u.a. „Die Zukunft der Arbeitswelt - Auf dem Weg ins Jahr 2030“. Robert Bosch Stiftung (Hrsg.), Stuttgart 2013, S. 56ff).

12 Fazit

Bei diesen Überlegungen stellt sich die grundsätzliche Frage, ob die Betriebe eines Landes auf Dauer gesehen überlebensfähig sind, wenn sie in einem gesellschaftlichen Umfeld und in einem Land tätig sind, das im Hinblick auf die Auswirkungen seiner schwindenden demographische Basis jahrzehntelang zu einer Verdrängung der Wirklichkeit Zuflucht suchte und weiterhin sucht und dadurch selbst zum Sanierungsfall wurde. Eines der bekanntesten Bücher des amerikanischen Demographen Julian Simon trägt den Titel: „The ultimate resource“. Als entscheidende Ressource sieht Simon den Menschen - die einzige Quelle für den Wohlstand und die Fortentwicklung der menschlichen Gesellschaft.

Anders ausgedrückt: Für Menschen gibt es keinen Ersatz, auch nicht in Form steigender Produktivität, wie viele meiner Kollegen in den Wirtschaftswissenschaften meinen, denn Produktivität fällt nicht wie Manna vom Himmel, sondern wird erzeugt, und zwar einzig und allein durch die Erziehung lernfähiger Kinder in den Familien und durch ihre Ausbildung in Schulen, Hochschulen und Betrieben. Wenn diese menschliche Quelle versiegt, so lehrt die Geschichte, dann für immer.

Selbst wenn ein permanentes Wachstum der Arbeitsproduktivität von 1,5 % pro Jahr unterstellt wird, was eine Verdopplung des realen Pro-Kopf-Einkommens bis 2050 zur Folge hätte, würde sich das Sozialprodukt bis 2050 nicht ebenfalls verdoppeln, sondern wegen der stark schrumpfenden Zahl der Erwerbspersonen nur um 34 % zunehmen (Birg 2006: 118, *Schaubild 17*).



Deshalb darf bei allem Reformeifer nicht übersehen werden, daß es nicht damit getan ist, Wirtschaft und Gesellschaft an die unabänderlichen, zum Teil irreversiblen demographischen Veränderungen anzupassen, sondern es muß parallel zu der *Anpassungsstrategie* eine langfristig angelegte *Stabilitätsstrategie* verfolgt werden, um die demographische Stabilität mittels einer Erhöhung der Geburtenrate wiederzuerlangen. Gelingt dies nicht, kann selbst eine Radikalreform des sozialen Sicherungssystems im Wege einer vollständigen Abschaffung des Pensionsalters (wie vom Max-Planck-Institut für demografische Forschung vorgeschlagen) oder eine drastische Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Menschen sowie ein wesentlich früherer Eintritt ins Erwerbsleben den Wohlstand nicht auf Dauer bewahren, geschweige denn erhöhen.

Literatur/Quellen:

Becker, G., S. Die Bedeutung der Humanvermögensbildung. In: Leipert, Chr. (Hrsg.),

Demographie und Wohlstand - Neuer Stellenwert für Familie in
Wirtschaft und Gesellschaft, Opladen 2003

- Birg, H., Die demographische Zeitenwende - der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa, 4. Aufl., München 2005.
- Birg, H. Die ausgefallene Generation - Was die Demographie über unsere Zukunft sagt. 2. Aufl., München 2006.
- Birg, H. "Integration und Migration im Spiegel harter Daten" – Beitrag in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09.04.2009 - mit Schaubildern und Tabellen siehe homepage: www.herwig-birg.de
- Birg, H., Flöthmann E.-J. u. Reiter I., Biographische Theorie der demographischen Reproduktion. Frankfurt a.M., 1991
- Börsch-Supan, A. u. Ludwig, A., Old Europe is Aging. In: John Shoven (Ed.), Demography and the Economy, Chicago 2011.
- Bundesregierung, Der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer (Hrsg.): Daseinsvorsorge im demografischen Wandel zukunftsfähig gestalten. Handlungskonzept zur Sicherung der privaten und öffentlichen Infrastruktur in vom demografischen Wandel besonders betroffenen ländlichen Räumen. Berlin, Oktober 2011, S. II
- Christiansen, K., Doblhammer, G., Rau, R., Vaupel, J., W., Aging populations: The challenges ahead. In: Lancet 2009.
- Langhoff, T., Den demographischen Wandel im Unternehmen erfolgreich gestalten. Eine Zwischenbilanz aus arbeitswissenschaftlicher Sicht.“ Springer, 2009.
- Leipert, Chr. (Hrsg.), Demographie und Wohlstand - Neuer Stellenwert für Familie in Wirtschaft und Gesellschaft, Opladen 2003.
- Mayer, T. Demographiepoltik - gestalten oder verwalten? In: Demographischer Wandel. Aus Politik und Zeitgeschichte. Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Nr. 10-11, 7. März 2011.
- Pötzsch, O. Wie wirkt sich der Geburtenrückgang auf die Kohortenfertilität in Ost und West aus ? In: Wirtschaft und Statistik, 2013.
- Schwentker, B. u. Vaupel, J., W., Eine neue Kultur des Wandels. In: Demographischer Wandel. Aus Politik und Zeitgeschichte. Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Nr. 10-11, 7. März 2011.
- Simon, J. The Ultimate Resource, Oxford 1981.
- Sinn, H., W., Das demographische Defizit. In: Leipert, Chr. (Hrsg.), Demographie und Wohlstand - Neuer Stellenwert für Familie in Wirtschaft und Gesellschaft, Opladen 2003.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Bevölkerung mit Migrationshintergrund - Ergebnisse des Mikrozensus 2009 - Fachserie 1 Reihe 2.2 - 2009

Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Geburten und Kinderlosigkeit in Deutschland
Kurzbeschreibung: Bericht über die Sondererhebung 2006 "Geburten in Deutschland"

United Nations Population Division (Ed.), Replacement Migration, New York 2000.

United Nations Population Division (Ed.), Replacement Migration: Is It a Solution to Declining and Ageing Populations? New York 2011

United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Data Base, National Accounts, 2011(www.unstats.un.org/unsd/nationalaccount).

Walter, N. u.a., Die Zukunft der Arbeitswelt - Auf dem Weg ins Jahr 2030. Robert Bosch Stiftung (Hrsg.), Stuttgart 2013.